

# ersatzkasse report.



IN DIESER AUSGABE KOMMENTAR Ersatzkassen fordern Kultur der Patientensicherheit | **POSITIVER TREND** bei Antibiotikaverordnungen | **VERTRÄGE** für Pflegeausbildung | **SEIT 1.11.2019** – Neuer Pflege-TÜV nimmt Arbeit auf

## BERLIN

VERBAND DER ERSATZKASSEN . DEZEMBER 2019

### WACHSTUMSKURS

## Ersatzkassen steigern erneut Mitgliederzahlen



FOTO: Markus Mainka – stock.adobe.com

Die Ersatzkassen setzen ihren Wachstumskurs der vergangenen Jahre fort. Mit einem Anteil von 55 Prozent innerhalb der Gesetzlichen Krankenversicherung sind die Ersatzkassen erneut stärkste Kassenart in Berlin. Die Anzahl der Mitglieder liegt jetzt bei über 1,38 Millionen. Die Anzahl der Versicherten (Mitglieder plus kostenfrei mitversicherte Angehörige) liegt bei rund 1,74 Millionen. Damit sind mehr als die Hälfte aller gesetzlich versicherten Berliner bei einer Ersatzkasse versichert. Diese positive Entwicklung sehen die Ersatzkassen und der vdek-Landesvertretung Berlin / Brandenburg als Ansporn, den eingeschlagenen Erfolgskurs beizubehalten und weiterhin an einer innovativen und soliden Gesundheitsversorgung zu arbeiten. Die erneute Steigerung der Mitgliederzahlen bestätigt das Vertrauen der Berliner Bevölkerung in die zukunftsorientierte Betreuung durch die Ersatzkassen.

### ERSATZKASSENFORUM 2019

## Patientensicherheit im Gesundheitswesen – Chancen und Herausforderungen

Das Ersatzkassenforum der vdek-Landesvertretung Berlin / Brandenburg widmete sich in diesem Jahr der Patientensicherheit in der Pflege und im Krankenhaus. Im Berliner Quadriga Forum trafen sich am 18.9.2019 Vertreter aus Politik, Selbstverwaltung und Gesundheitswesen.

**D**ie Patientensicherheit ist eine komplexe Querschnittsaufgabe, die nur im engen Zusammenwirken der handelnden Personen und Berufsgruppen, der einschlägigen Behandlungsteams sowie der Organisationen und Verbände des Gesundheitswesens bewältigt werden kann. Uwe Klemens, vdek-Verbandsvorsitzender, konstatierte zur Eröffnung der Veranstaltung, dass alle Akteure gefordert sind, sich verstärkt der Patientensicherheit und der medizinischen Versorgungsqualität zu widmen. Marina Rudolph, stellv. Leiterin der vdek-Landesvertretung Berlin / Brandenburg, betonte, dass die Patientensicherheit seit Jahren ein zentrales Anliegen der Ersatzkassen ist. Dies zeigt sich etwa in der Zusammenarbeit und der Förderung des Aktionsbündnisses Patientensicherheit durch den vdek. Im Kern geht es letztlich darum, die Sensibilität für dieses wichtige Thema weiter zu erhöhen und Versorgungsdefizite konsequent zu beheben.

### Herausforderungen in der Pflege

Den Anfang der zweiteiligen Veranstaltung machte der Pflegebereich, in der die Patientensicherheit ebenfalls von erheblicher Bedeutung ist. Der Mangel an Fachkräften stellt das Gesundheitssystem auch an dieser Stelle vor schwierige Aufgaben. Barbara König, Staatssekretärin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung des Landes Berlin, warb in ihrer Keynote dafür, die Umsetzung des Gesetzes zur Reform der Pflegeberufe zu nutzen, um die Herausforderungen in Krankenhäusern sowie der ambulanten und stationären Pflege anzugehen. Dafür sind eine höhere Ausbildungskapazität und -qualität sowie mehr Kontinuität in der professionellen Pflege notwendig.

Ilona Köster-Steinebach vom Aktionsbündnis Patientensicherheit wies im Rahmen der Podiumsdiskussion darauf hin, dass Patientensicherheit nicht nur ein hohes Gut ist, sondern die Patienten und Pflegeheimbewohner einen rechtlichen Anspruch darauf haben. Insofern kommen den



## Ersatzkassen fordern Kultur der Patientensicherheit



von  
MICHAEL DOMRÖS  
Leiter der  
vdek-Landesvertretung  
Berlin/Brandenburg

*„Meine Verordnungen werde ich treffen zu Nutz und Frommen der Kranken, nach bestem Vermögen und Urteil; ich werde sie bewahren vor Schaden und willkürlichem Unrecht.“*  
(Auszug aus dem Hippokratischen Eid)

Das Gesundheitswesen ist hochreglementiert wie kaum eine andere Branche, die bürokratischen Abläufe vielfach komplex und die Arbeitsbelastung hoch. Gleichzeitig ist das Gesundheitswesen Tag für Tag ein oft hektisches Massengeschäft, in dem auch Fehler passieren. Es ist bekannt, dass 90 bis 95 Prozent aller Behandlungen ohne Zwischenfälle verlaufen. Nach Angaben des Aktionsbündnisses für Patientensicherheit könnte die Anzahl der Zwischenfälle deutlich verringert werden. Dieses Erkenntnis ist eine Verpflichtung.

Die Ersatzkassen setzen sich seit Langem dafür ein, die Patientensicherheit zu stärken und Versorgungsdefizite konsequent zu analysieren und zu beheben. Damit geht einher, dass eine von Verantwortungsbewusstsein, Offenheit und Respekt geprägte Patientensicherheitskultur in allen Einrichtungen des Gesundheitswesens gefördert werden sollte und nicht nur in allen Einrichtungen, sondern auch bei allen Beteiligten. Patientensicherheit ist somit nicht nur ein Thema für Ärzte, sondern richtet sich an jeden, der am und mit Patienten arbeitet.



Qualitätsprüfungen des MDK in gewisser Hinsicht eine Schutzfunktion zu, um die Bewohner vor ungewollten oder fehlerhaften Maßnahmen zu bewahren. Um die Qualität der Pflege in den Einrichtungen hoch zu halten, ist ein gut funktionierendes internes Pflegemanagement wichtig. Dies greift das neue Prüfverfahren in vollstationären Pflegeeinrichtungen auf. Laut Dr. Bettina Jonas vom MDK Berlin/Brandenburg werden die Leitfragen zukünftig nicht nur mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden, sondern lassen Rückschlüsse auf die Qualität der individuellen Versorgung der Bewohner zu.

### »Patientensicherheit ist nicht nur Fehlerkultur, Patientensicherheit ist vor allem ein nationales Gesundheitsziel.«

Susanne Hertzner, Leiterin TK-Landesvertretung Berlin/Brandenburg

Fehler zu erkennen, ist das eine, besser ist es, alles dafür zu tun, dass möglichst keine auftreten. Susanne Hertzner, Leiterin der TK-Landesvertretung Berlin/Brandenburg sprach sich dafür aus, sich nicht nur auf Fehlermeldesysteme zu konzentrieren, sondern sich an guten Beispielen zu orientieren. Patientensicherheit sei nicht nur Fehlerkultur, sondern ein wichtiges nationales Gesundheitsziel.

### Krankenhaus – Qualität und Sicherheit

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurde der Krankenhausbereich beleuchtet und ein enger Zusammenhang zwischen Qualitäts- und Strukturmerkmalen hergestellt. So sind neben zahlreichen behandlungsbezogenen Qualitätsindikatoren unter anderem die Erfüllung von Fallzahlen und Personaluntergrenzen von Bedeutung, die das Potential haben, direkten Einfluss auf die Gestaltung der Krankenhauslandschaft zu nehmen. Auch vor dem Hintergrund der IGES-Studie zur Neustrukturierung der Krankenhausversorgung stand in der zum Teil kontrovers geführten Diskussion unter anderem die Frage im Raum, welche Krankenhäuser



BARBARA KÖNIG, Staatssekretärin



PODIUMSRUNDE zum Krankenhausbereich

für eine Region bedarfswirksam sind. Dr. Detlef Troppens, Vorstandsvorsitzender der Brandenburger Krankenhausgesellschaft, führte an, dass etwa das Modell aus Dänemark auf deutsche Verhältnisse nicht ohne Weiteres angewendet werden könne. Marc Schreiner, Geschäftsführer der Berliner Krankenhausgesellschaft, betonte in diesem Kontext, dass die Qualitätsdebatte nicht zu einer Strukturdebatte werden dürfe. Außerdem seien Fallzahlen allein kein aus-

### »Um voranzukommen, brauchen wir eine sektorenübergreifende Zusammenarbeit, die Interessenlagen bündelt«

Gabriela Leyh, Landesgeschäftsführerin der BARMER Landesvertretung Berlin/Brandenburg

reichendes Qualitätskriterium. Gabriela Leyh, Landesgeschäftsführerin der BARMER Landesvertretung Berlin/Brandenburg, verwies unter anderem darauf, dass nicht nur über Krankenhausschließungen diskutiert werden sollte, sondern wie im Rahmen einer sektorenübergreifenden Zusammenarbeit die Interessenlagen gebündelt werden können. ■

NACH DER EUROPAWAHL

# „Gesundheit ist nicht teilbar, es muss überall Solidarität geben“

Christian Zahn ist Präsident der AIM, des internationalen Dachverbands von Krankenversicherern auf Gegenseitigkeit. Er setzt sich für den universellen Zugang zu bezahlbarer Gesundheitsversorgung ein.

Im Mai haben die Wahlen zum Europäischen Parlament stattgefunden. Auf welche Art und Weise leistet die EU einen Beitrag zur Gesundheitspolitik?

Zunächst einmal bin ich dankbar, dass die Wahlen nicht zu dem prognostizierten Rechtsruck geführt haben. Zwar sind diese Kräfte stark geworden, aber nicht stark genug um die Arbeit des Europäischen Parlamentes entscheidend zu beeinflussen. Denn Europa ist auch für das Gesundheitswesen enorm wichtig. Gesundheit ist nicht teilbar, es muss überall ein solidarisches System geben. Daher haben wir vor der Wahl zusammen mit der Fédération Nationale de la Mutualité Française in einem Manifest zu einem solidarischeren und integrativeren Europa aufgerufen. Das neue Parlament und die neue Kommission müssen dafür sorgen, dass alle Europäer Zugang zu Arzneimitteln zu bezahlbaren Preisen haben – unter Einhaltung von höchsten Qualitätsstandards. Europa ist ein Markt von rund 500 Millionen Menschen, diesen darf man nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen, sondern muss ein soziales Europa schaffen. Wir müssen dabei sehr wohl deutsche Interessen wahrnehmen, aber immer auch nach Kompromissen suchen.

Wie sehen die Herausforderungen aus, die auf die EU in der Gesundheitspolitik in den nächsten Jahren zukommen?

Es sind drei große Herausforderungen: Erstens muss die EU Standards entwickeln, auf deren Grundlage die Menschen mit digitalen Anwendungen sicher kommunizieren können, mit der einheitlichen elektronischen Patientenakte genauso wie mit Gesundheits-Apps. Zum anderen zeigt die

Entwicklung, dass selbst die leistungsfähigsten Länder, wie Deutschland, bei der aktuellen Zunahme hochpreisiger Arzneimittel irgendwann an ihre Grenzen stoßen werden. Deshalb müssen wir Lösungen finden, wie ein gleicher und gerechter Zugang zu solchen Behandlungsformen geschaffen werden kann. Es wird nicht leicht sein, hier voranzukommen. Eine Lösung setzt voraus, dass unsere hohen Standards der Nutzenbewertung und der damit verbundenen Preisbildung durch eine europäische Regelung nicht ausgehöhlt werden.

Als letzten und wichtigsten Punkt muss die EU Wege finden, wie Gesundheitssysteme, die durch die Finanzkrise schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden, wieder aufgebaut werden können. Auf Solidarität basierende Systeme, wie die Mutualitäten, haben sich in der Krise als äußerst resistent erwiesen und könnten einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

Das Thema gute Pflege im Alter bewegt die Menschen sehr. Was sieht das Manifest vor? Wo kann Deutschland von anderen europäischen Ländern lernen?

Alle sind Suchende auf diesem Gebiet, denn überall in Europa altern die Gesellschaften. Es ist zum einen wichtig, die Forschungsförderung, auch zu digitalen Pflegeangeboten, zu intensivieren. Zum anderen muss es darum gehen, häusliche und gemeindebasierte Pflege zu unterstützen, ohne den Zugang zu stationärer Versorgung zu beschränken. Dazu gibt es zum Beispiel in Dänemark und in den Niederlanden Erfahrungen mit interessanten Konzepten wie beispielsweise das niederländische „Buurtzorg“-Modell in der ambulanten Pflege.

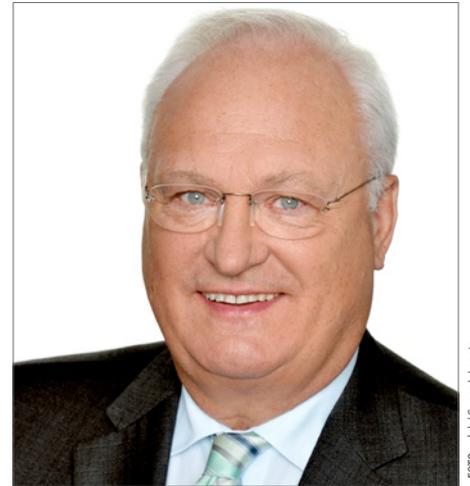


FOTO vdek/Georg J. Lupata

CHRISTIAN ZAHN, seit 2014 Präsident der Association Internationale de la Mutualité (AIM), dem größten Zusammenschluss von Krankenversicherern auf Gegenseitigkeit in Europa. Der vdek ist dort Mitglied.

Auch wenn nicht alles 1:1 auf Deutschland übertragbar ist, sollen positive Aspekte daraus ausprobiert und gefördert werden.

Außerdem gilt es, die Arbeitsbedingungen bei formeller und informeller Pflege durch EU-Recht zu verbessern, gesundheitspolitisch genauso wie rentenrechtlich und unfallrechtlich. Gleichzeitig muss die soziale Langzeitpflege gegenüber marktwirtschaftlichen Lösungen gestärkt werden, um Ungleichheiten beim Zugang zu verhindern. Wenn wir immer mehr abrutschen in rein marktwirtschaftliche Lösungen, dann droht ein Auseinanderklaffen der Lebensqualität im Alter in dramatischem Umfang. Das müssen wir verhindern.

Was wäre Ihr Wunsch: Wo soll Europa in Zukunft stehen?

Das Ziel ist ein gemeinsames Europa unter Respektierung nationaler Unterschiede. Entweder wir werden ein gemeinsames Staategebilde – oder wir scheitern. Wir können unseren Wohlstand nur gemeinsam halten. Meine Hoffnung ist die Generation derer, die jetzt jung sind. Ein größerer Teil von ihnen hat viel von Europa gesehen, auf Reisen, beim Studium oder über den Job. Gerade diese Generation hat Europa und die europäische Idee viel besser verinnerlicht als Generationen zuvor. ■

# GKV-Bündnis für Gesundheit kommt in den Kommunen an

Das „GKV-Bündnis für Gesundheit“ ist ein bundesweit aufgelegtes Programm aller gesetzlichen Krankenkassen zur Gesundheitsförderung, das je nach Region unterschiedlich mit Leben gefüllt wird – so auch in Berlin.



Im Fokus des kommunalen Förderprogramms stehen insbesondere sozial und gesundheitlich benachteiligte Menschen, die mit passenden Angeboten erreicht werden sollen. Generell sind Kommunen berechtigt, entsprechende Förderanträge zu stellen.

## Informationsveranstaltung

Auf Einladung des Programmbüros des GKV-Bündnisses für Gesundheit in Berlin trafen sich Ende September Vertreter aus den Berliner Bezirken und des Landes Berlin in der Alten Feuerwache in Kreuzberg. Ziel der Informationsveranstaltung zum kommunalen Förderprogramm war es, den Bezirks- und Landesvertretern nahezubringen, welche Fördermöglichkeiten es gibt und welche Antragsvoraussetzungen dabei zu erfüllen sind.

## Zielgruppenspezifische Projektförderung

Das GKV-Bündnis für Gesundheit fördert die Umsetzung zielgruppenspezifischer, gesundheitsfördernder Projekte und Angebote auf kommunaler Ebene. Die Projektförderung, die von den Bezirken in Anspruch genommen werden kann, rückt benachteiligte Zielgruppen stärker als bisher in den Fokus, hierzu zählen

etwa Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderungen bzw. Beeinträchtigungen, Ältere sowie Kinder und Jugendliche aus suchtbelasteten oder psychisch belasteten Familien. Um den Erfolg der Projekte zu gewährleisten, sollten die Gesundheitsangebote möglichst niedrigschwellig und attraktiv zugleich sein.

Über einen Zeitraum von drei bis vier Jahren können die Berliner Bezirke finanzielle Förderung erhalten, wobei sie sich zeitlich abgestuft mit 20 bis 30 Prozent daran beteiligen müssen. Die Bezirke können dabei mit lokalen Kooperationspartnern zusammenarbeiten, die Antragstellung muss aber durch ein Bezirksamt erfolgen. Das Programmbüro des GKV-Bündnisses unterstützt die Bezirke in allen Fragen rund um die Antragstellung.

## Anstoß zur Förderung

In der Veranstaltung, die von dem Staatssekretär Martin Matz aus der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, eröffnet wurde, zeigte sich, dass insbesondere eine stärkere Vernetzung aller Akteure aus verschiedenen Ebenen und Ressorts gewünscht ist. Nur so können neue Ideen und zielführende Projekte ins Leben gerufen werden, die den Menschen vor Ort spürbare Verbesserungen bringen.

Das Programmbüro des GKV-Bündnisses leistet die fachliche Begleitung und Umsetzung des Förderprogramms in Berlin: <https://www.gkv-buendnis.de/buendnisaktivitaeten/wir-in-den-laendern/berlin/> ■

## Ambulante Hospizdienste erhalten über 2,6 Millionen Euro



FOTO: LIGHTFIELD STUDIOS – stock.adobe.com

Die Ersatzkassen in Berlin unterstützen die ambulante Hospizarbeit im Land in diesem Jahr mit über 2,6 Millionen Euro und sind damit größter Förderer der häuslichen Sterbebegleitung in Berlin. Mit dieser Summe konnte das Fördervolumen im Vergleich zum Vorjahr erneut gesteigert werden. Das Geld geht an 23 Hospizdienste für Erwachsene und vier Kinderhospizdienste, die 2018 landesweit über 2.520 häusliche Sterbebegleitungen geleistet haben.

Die ambulante Hospizarbeit kann vielen Schwerstkranken den Wunsch erfüllen, die letzte Zeit des Lebens zu Hause zu verbringen. Mit den Fördermitteln für die Hospizarbeit leisten die Ersatzkassen hierzu einen wichtigen Beitrag.

Insgesamt unterstützen die gesetzlichen Krankenkassen die ambulante Hospizarbeit im Land mit über 4,8 Millionen Euro. Die Hospizdienste finanzieren mit diesen

Mitteln unter anderem die Aus- und Fortbildung ihrer Mitarbeiter sowie anfallende Sachkosten, das sind beispielsweise Fahrtkosten, Mietzahlungen oder Kosten für Versicherungen.

Informationen über die ambulanten Hospizdienste in Berlin sowie Antworten auf Fragen rund um die ambulante Hospizarbeit finden Interessierte auch beim vdek-Hospizlotsen unter [www.hospizlotse.de](http://www.hospizlotse.de).

## BERLINER LANDESPROGRAMM

## Kitas bewegen – für die gute gesunde Kita



FOTO: Robert Kneschke – stock.adobe.com

Das Berliner Landesprogramm „Kitas bewegen – für die gute gesunde Kita“ hat sich zum Ziel gesetzt, die Bildungs- und Gesundheitschancen von Kindern zu verbessern. Die teilnehmenden Einrichtungen erhalten im Rahmen des Programms fachliche Unterstützung durch speziell qualifizierte Trainer und Koordinatoren. Zusätzlich werden Schulungen und Veranstaltungen für die Multiplikatoren in den Kitas angeboten, die neue Anregungen geben und zur Vernetzung zwischen den Einrichtungen, Kita-Trägern, Bezirken und Partnern beitragen. An dem Programm nehmen bisher Kitas aus sieben der zwölf Berliner Bezirke teil.

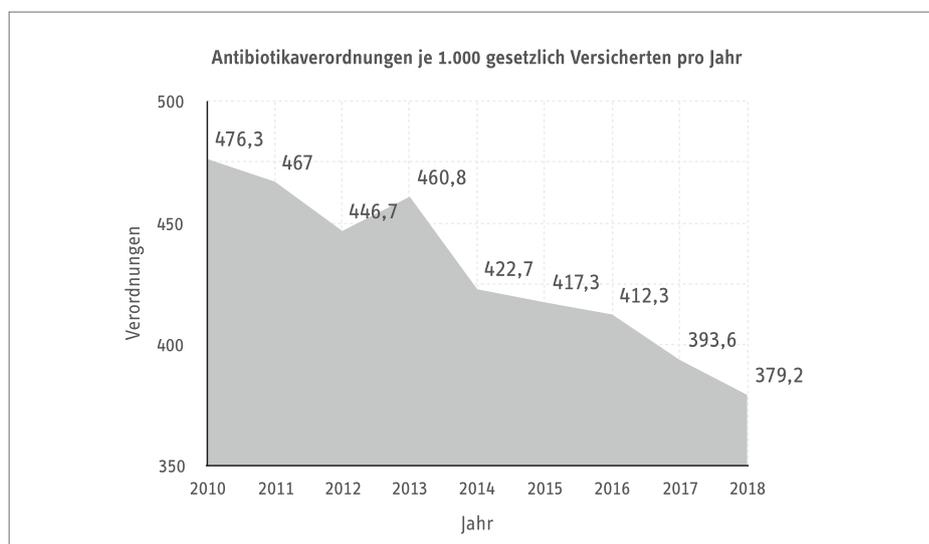
Neben der Familie ist für die Kinder vor allem die Kita ein wichtiger Ort, an dem sie Erfahrungen machen, die ihr weiteres Leben prägen. Vor dem Hintergrund der hohen Betreuungsquoten in Berlin kommt den Kitas eine besondere Rolle bei der Bildungs- und Gesundheitsförderung zu. Etwa 93 Prozent aller Drei- bis Sechsjährigen in Berlin besuchen eine Kita.

Die Förderung soll in die täglichen Lern- und Spielprozesse eingebunden werden. Neben den Kindern hat das Programm auch die Eltern und die Mitarbeiter der Kitas im Blick. Weitere Informationen unter: [www.gute-gesunde-kitas-in-berlin.de](http://www.gute-gesunde-kitas-in-berlin.de)

## MELDUNG

## Positiver Trend bei Antibiotikaverordnungen

Die Verordnungen von Antibiotika durch niedergelassene Ärzte sind in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. In Berlin konnten die Verordnungen im Vergleich zu 2010 um rund 20 Prozent gesenkt werden. Wurden in 2010 noch 476 Verordnungen pro 1.000 Versicherte ausgestellt, waren es in 2018 noch 379. Berlin liegt damit im Bundesvergleich auf dem vierten Platz, nur in Sachsen, Thüringen und Brandenburg wurden 2018 weniger Antibiotika verordnet.



QUELLE: Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in Deutschland (ZI)

Dieser rückläufige Trend zeigt sich in ganz Deutschland und in allen Altersgruppen. Zu diesem Ergebnis kommt das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung nach Auswertung von Arzneiverordnungsdaten aus dem ambulanten Bereich. Wurden den GKV-Versicherten im Jahr 2010 bundesweit noch 562 Verordnungen pro 1.000 Versicherte ausgestellt, waren es 2018 nur noch 446. Das ist ein Rückgang um 21 Prozent. Besonders stark rückläufig waren Verordnungen bei Kindern und Jugendlichen sowie bei Neugeborenen und Säuglingen.

Um die Entstehung und weitere Ausbreitung von Antibiotikaresistenzen zu vermeiden, ist es wichtig, diesen positiven bzw. absteigenden Trend weiter fortzuführen. Der Verband der Ersatzkassen e. V.

(vdek) hat in 2017 gemeinsam mit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, acht Kassenärztlichen Vereinigungen und dem Institut für Allgemeinmedizin der Universitätsmedizin Rostock das Projekt RESIST gestartet, das sich für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Antibiotika bei Atemwegserkrankungen einsetzt. Anlässlich des diesjährigen 12. Europäischen Antibiotika-Tages am 18.11.2019 stellten der vdek und die Kassenärztliche Bundesvereinigung zudem allen interessierten Ärzten und Patienten umfangreiche Informationsmaterialien zum rationalen Einsatz von Antibiotika bei grippalen Infekten und Erkältungen auf ihren Internetseiten zum Download zur Verfügung: <https://www.vdek.com/vertragspartner/innovationsfonds/Resist.html>

## Neues Antragsverfahren in der Selbsthilfeförderung

Ab dem 1.1.2020 ändert sich mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) das Antragsverfahren bei der Selbsthilfeförderung: Die kassenindividuelle Projektförderung umfasst dann nur noch zeitlich und inhaltlich begrenzte Maßnahmen und Aktivitäten der Selbsthilfegruppen. Die kassenartenübergreifende Pauschalförderung unterstützt Selbsthilfegruppen bei der gemeinsamen Bewältigung von Krankheiten und Krankheitsfolgen, um die Lebensqualität zu verbessern. Selbsthilfe-Kontaktstellen und Landesorganisationen hingegen beraten, vernetzen und sorgen für Weiterbildungen. Der Anteil der kassenartenübergreifenden Pauschalförderung erhöht sich von bisher 50 auf 70 Prozent des Gesamtförderbudgets. Auch das Antragsverfahren vereinfacht sich, weil regelmäßig stattfindende Aktivitäten jetzt auch in der Pauschalförderung enthalten sind.

Nach Einführung der kassenartenübergreifenden Gemeinschaftsförderung im Jahr 2008 können die gesetzlichen Krankenkassen und ihre Verbände inzwischen auf ein langjähriges Fördergeschehen mit stets steigenden Fördersummen zurückblicken.

Selbsthilfe ist fest innerhalb des GKV-Systems etabliert. Menschen in Lebenskrisen, chronisch Kranke und ihre Angehörigen sprechen sich gegenseitig Mut zu, helfen einander und nicht zuletzt meistern sie durch gegenseitige Unterstützung die Folgen ihrer Erkrankungen. Den gesetzlichen Krankenkassen und ihren Verbänden ist es ein großes Anliegen, dieses Engagement weiterhin finanziell zu unterstützen.

## Verträge für die neue generalistische Pflegeausbildung unter Dach und Fach

Ab nächstem Jahr startet in ganz Deutschland die generalistische Pflegeausbildung. Die bisher getrennten Ausbildungen für die Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege werden zusammengeführt. Die Ersatzkassen wissen um den großen Bedarf an Pflegekräften und unterstützen die neue Pflegeausbildung.



FOTO: Photographee.eu – stock.adobe.com

Für das Ausbildungsjahr 20/21 erhalten die Pflegeschulen in Berlin für jeden Schüler 8.865 Euro pro Jahr. Die Ausbildungsbetriebe erhalten bis zu 9.998 Euro pro Auszubildenden. Im Land Berlin ist dieser Ausgleichsfonds beim Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGe-So) angesiedelt. Versicherte, die Pflegeleistungen in Anspruch nehmen, werden künftig ebenfalls einen Ausbildungszuschlag bezahlen müssen, unabhängig davon, ob der ambulante Pflegedienst oder die stationäre Einrichtung tatsächlich Pflegekräfte ausbildet. ■

In Berlin haben sich nach mitunter schwierigen Verhandlungen die Verbände der Kranken- und Pflegekassen mit dem Land, der Krankenhausgesellschaft, Pflegeverbänden sowie Trägern von Schulen und Ausbildungsbetrieben auf den finanziellen Rahmen geeinigt und dabei deutliche Steigerungen vereinbart: Ab 1.1.2020 werden sich alle Krankenhäuser, ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen sowie die Pflegeversicherung und das Land Berlin an den Kosten der Ausbildung beteiligen und in einen Ausgleichsfonds einzahlen. Für das Jahr 2020 beträgt der Gesamtfinanzierungsbedarf des Pflegefonds in Berlin fast 56 Millionen Euro, woran sich allein die Ersatzkassen in Berlin mit knapp 16 Millionen Euro beteiligen. Aus dem Fonds werden die Kosten für die praktische und theoretische Ausbildung sowie für die Ausbildungsvergütung finanziert.

### INFORMATION

Mit dem Gesetz zur Reform der Pflegeberufe des Bundes aus dem Jahr 2017 werden die drei bisher getrennten Berufe der Altenpflege, der Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege ab dem Jahr 2020 zu einer dreijährigen generalistischen Berufsausbildung zusammengeführt. Der erfolgreiche Abschluss mit der Berufsbezeichnung Pflegefachfrau bzw. Pflegefachmann befähigt zum Einsatz in allen Versorgungsbereichen der Pflege. Der Abschluss ist europaweit anerkannt und Grundstein einer zukunftsfähigen und qualitativ hochwertigen Pflegeausbildung. Die Umsetzung des Gesetzes liegt in der Verantwortung der Länder.

## PFLEGE

## Seit 1.11.2019 neuer Pflege-TÜV

Der bisherige Pflege-TÜV wird durch ein neues System der Qualitätssicherung abgelöst. In der Zeit vom 1.11.2019 bis zum 31.12.2020 werden alle 304 vollstationären Pflegeeinrichtungen in Berlin auf Grundlage neuer Richtlinien durch die Prüfdienste des MDK und der PKV geprüft. Das neue System löst das bisherige Notensystem ab, welches in der Kritik stand, die Einrichtungen generell zu positiv zu bewerten. Die drei Säulen des Systems sind die Ergebnisindikatoren, externe Qualitätsprüfungen und Strukturinformationen.

Die Einrichtungen erfassen halbjährlich Ergebnisindikatoren, etwa wie mobil und selbstständig die Bewohner sind oder wie viele einen Dekubitus haben. Die Daten werden von den Einrichtungen an die neue Datenauswertungsstelle (DAS) gesendet.

Neben der standardisierten Auswertung erfolgt eine Plausibilitätsprüfung durch die Prüfdienste. Künftig wird der Fokus verstärkt auf die bewohnerbezogene Versorgungsqualität gelegt, dabei wird etwa die Unterstützung im Bereich der Mobilität oder beim Schmerzmanagement bewertet. Die neue Bewertung ersetzt die bisherige starre Bewertung einzelner Prüfkriterien.

Neben Ergebnisindikatoren und der externen Qualitätsprüfung werden Strukturinformationen, wie z. B. der Fachkräfteanteil oder die Möglichkeit eines Probewohnens, abgefragt. All diese Informationen werden wie bisher auf den Portalen der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen, wie dem Pflgelotzen, veröffentlicht – [www.pflgelotze.de](http://www.pflgelotze.de).

## PRÄVENTION

## MEHRWERT:PFLEGE – Neues Projekt zum Gesundheitsmanagement

In Deutschland fehlen Pflegefachkräfte. Diese Situation wird sich bei zunehmendem Bedarf an professioneller Pflege und gleichzeitig sinkenden Erwerbspersonenzahlen in den kommenden Jahren weiter verschärfen.



Die Pflegefachkräfte von heute wissen um ihren Wert und können sich einen Arbeitgeber unter vielen aussuchen. Doch was macht einen Arbeitgeber attraktiv? Nicht allein die monetäre Entlohnung ist entscheidend. Beschäftigte interessiert auch, wie gesund die Arbeits- und Organisationsbedingungen vor Ort sind. Dazu zählt unter anderem, welche Entwicklungsmöglichkeiten sie haben, wie groß individuelle Handlungsspielräume gestaltet werden oder die Beschäftigten-gesundheit im Unternehmen gefördert wird. All diese Faktoren können von Arbeitgebern mit Maßnahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) positiv gestaltet werden.

Hier setzt MEHRWERT:PFLEGE, ein Projekt der Ersatzkassen zu der Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz in Krankenhäusern und stationären Pflegeeinrichtungen, an. Um die Arbeitsfähigkeit von Pflegekräften und anderen

Beschäftigtengruppen zu erhalten und darüber hinaus gesunde Arbeitsbedingungen zu stärken, können sich Organisationen an den vdek wenden. „Wir unterstützen die Einrichtungen dabei, sich neu im Thema BGM aufzustellen. Häufig geht es aber auch darum, bestehende Einzelmaßnahmen in ein Gesamtkonzept zu überführen“, so Stefanie Thees, vdek-Projektleiterin von MEHRWERT:PFLEGE.

Im Rahmen von MEHRWERT:PFLEGE können verschiedene Themen angegangen werden. Von der Dienstplangestaltung über Gewaltprävention bis hin zur teamorientierten Kommunikation. Voraussetzung ist, nicht allein das individuelle Gesundheitsverhalten der Beschäftigten, sondern vielmehr die gesundheitsförderliche Ausgestaltung von Prozessen, Strukturen und Rahmenbedingungen in den Fokus zu nehmen.

Kontakt für interessierte Krankenhäuser und stationäre Pflegeeinrichtungen unter: [mehrwert-pflege@vdek.com](mailto:mehrwert-pflege@vdek.com)

BÜCHER

## Public Mental Health

Was ist „Public“ an psychischen Erkrankungen und was ist das Spezielle am gesellschaftlichen Auftrag der öffentlichen Fürsorge für psychisch kranke Menschen im Vergleich zu physischen Erkrankungen? Diesen und anderen Fragen geht das Buch „Public Mental Health“ nach. Es gibt einen vollständigen Überblick über die psychiatrische Versorgung und beleuchtet unter anderem die Rolle der gesetzlichen Krankenkassen bei der Steuerung der Versorgung psychisch kranker Menschen.



Anke Bramesfeld, Manfred Koller, Hans-Joachim Salize  
Public Mental Health.  
Steuerung der Versorgung für psychisch kranke Menschen  
2019, 296 Seiten, 49,95 EUR,  
Hogrefe Verlag

## I care Pflege

Für die generalistische Pflegeausbildung, die 2020 startet, veröffentlicht der Thieme Verlag eine neue Kompaktserie. Dazu gehört unter anderem das Lehrbuch „I care Pflege“, das die Berufsausbildung des neuen Berufsabschlusses Pflegefachfrau / Pflegefachmann begleitet. Das Lehrbuch bietet umfassendes Wissen, das auf dem Weg hin zu einer professionellen und handlungskompetenten Pflegekraft benötigt wird. Es beinhaltet zudem alle relevanten Grundlagen der Krankheitslehre, Anatomie und Physiologie sowie hilfreiche Tipps und praxisnahe Fallbeispiele.



I care Pflege  
2. überarbeitete Auflage 2020  
1.400 Seiten, 69,99 EUR  
Thieme Verlag

BÜCHER

## Schnell zur besten Entscheidung

Angst, eine falsche Entscheidung zu treffen, hat fast jeder Mensch. Endlos wird das Für und Wider abgewogen und dennoch schaffen wir es nicht, die beste Alternative auszuwählen. Philip Meissner weiß: Entscheiden kann man lernen. Der Entscheidungsforscher entwickelte verschiedene Strategien und zeigt in seinem kleinen, gut lesbaren Ratgeber auf, wie man wichtige Entscheidungen mit Hilfe schnell umsetzbarer Methoden trifft. Wer diese Schritt für Schritt anwendet, wird es in Zukunft einfacher haben, sich schneller und besser zu entscheiden.



Philip Meissner  
Entscheiden ist einfach.  
Wenn man weiß, wie es geht.  
2019, 189 S., €20,00  
Campus Verlag, Frankfurt

ZUM JAHRESENDE

## Frohes Fest

Zum Jahresausklang wünschen wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, fröhliche und besinnliche Weihnachten. Schöne Stunden im Kreise Ihrer Familien, aber auch Ruhe und Zeit zum

FOTO mirafji - stock.adobe.com



Durchatmen, um Kraft für das neue Jahr zu tanken, das sicherlich wieder die eine oder andere Herausforderung mit sich bringen wird. Wir setzen uns auch im nächsten Jahr für die Belange der Ersatzkassenversicherten ein, damit sie immer gut und mit hoher Qualität versorgt werden. Auf ein gesundes neues Jahr 2020!

VERSORGUNG

## Gemeinsame Arbeitsgemeinschaft Heilmittelzulassung nimmt Arbeit auf

Leistungserbringer von Heilmitteln wie beispielsweise Ergotherapeuten, Physiotherapeuten oder Podologen bedürfen einer Zulassung. Seit dem 1.9.2019 übernimmt eine von den Landesverbänden der Krankenkassen und den Ersatzkassen gebildete Arbeitsgemeinschaft, die ARGE Heilmittelzulassung, diese Aufgabe.

Die Geschäftsstelle der ARGE Heilmittelzulassung Berlin und Brandenburg ist bei der vdek-Landesvertretung angesiedelt und derzeit die bundesweit einzige länderübergreifende Geschäftsstelle. Für Heilmittelerbringer in Berlin und Brandenburg steht somit eine Institution als fester Ansprechpartner für alle Belange des Zulassungsverfahrens zur Verfügung. Anlass für die neue Regelung sind die Vorgaben aus dem sogenannten Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG). Leistungserbringer finden alle weiteren Informationen unter:

[www.zulassung-heilmittel.de](http://www.zulassung-heilmittel.de)

IMPRESSUM

### Herausgeber

Landesvertretung

Berlin / Brandenburg des vdek  
Friedrichstraße 50-55, 10117 Berlin  
[www.vdek.com](http://www.vdek.com)

Telefon 0 30 / 25 37 74-0

E-Mail [LV-Berlin.Brandenburg@vdek.com](mailto:LV-Berlin.Brandenburg@vdek.com)

Redaktion Ulrike Geitz, Anne Kolbe und Robert Deg

Verantwortlich Michael Domrös

Druck Kern GmbH, Bexbach

Konzept ressourcenmangel GmbH

Grafik Schön und Middelhaufe GbR

ISSN-Nummer 2193-2190